

**Auszug aus der Niederschrift
über die 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung am
16.09.2020**

Zu TOP : 4.2

**An den SOA: Ergänzungsantrag Präventionsarbeit zur Vorlage "Kommunaler
Ordnungsdienst" / B 0032/2019**

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0266/2019

Gäste: Frau Undine Segebarth, Herr Peter Bischoff

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Gästen Rederecht zu erteilen.

Zu Beginn weist Frau von Allwörden darauf hin, dass im Haushalt 2020 der Hansestadt Stralsund über 300.000€ für Jugend- und Sozialarbeit eingeplant sind. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung.

Herr Tanschus führt in die Thematik ein. Rückblickend erklärt er, dass das Konzept zum Kommunalen Ordnungsdienst in mehreren Sitzungen beraten wurde. Im Rahmen der Beschlussfassung über den Gesamthaushalt durch die Bürgerschaft wurde auch der Stellenplan mit den für den KOD vorgesehenen Stellen beschlossen.

Der KOD soll für höhere Präsenz der Stadtverwaltung in den einzelnen Stadtteilen sorgen, da es danach eine hohe Nachfrage von Bürgern gibt. Außerdem sollen im Bereich der Stadtteilarbeit die einzelnen Akteure vernetzt und Projekte aufgelegt werden. Herr Tanschus betont, dass Kriminalitätsvorbeugung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. In diesem Zusammenhang wurde auch der Kommunale Präventionsrat um einige Mitglieder erweitert. In dem Rat sind jetzt auch Vertreter der Wirtschaft und zweier Sportvereine Mitglied.

Jugend- und Schulsozialarbeit leistet die Hansestadt Stralsund, im Gegensatz zu den pflichtigen Aufgaben aus dem Ordnungsbereich, freiwillig. Dennoch wurden in den Haushalt 2020 307.000€ für diesen Bereich eingestellt. Berücksichtigt sind dabei noch nicht die Zuschüsse für die Jugendkunstschule und das Theaterpädagogische Zentrum.

Die angestrebte Ausweitung der Stadtteilarbeit und der KOD, der repressiv und präventiv wirken soll, sollen die Stadt sicherer und lebenswerter machen.

Frau von Allwörden bittet Frau Segebarth vom Polizeihauptrevier Stralsund um Ausführungen, welche Arbeit die Polizei im Bereich Kriminalprävention leistet.

Frau Segebarth erklärt, dass die Polizei über Präventionsberater verfügt, die nach Anforderung an die Schulen fahren und dort Themen wie Mobbing oder Drogen bearbeiten. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Polizeibeamte auf Elternabenden zum Thema Drogen referieren, dann im repressiven Bereich.

Weiterhin verfügt das Hauptrevier über 5 Kontaktbeamte, die direkt auf der Straße am Bürger tätig sind. Diese arbeiten eng mit der Stadtverwaltung zusammen und dienen als Ansprechpartner.

Außerdem gibt es Beratungsangebote für Senioren.

Es liegt das Angebot vor, sollte der KOD anlaufen, gemeinsam mit der Polizei Streife zu laufen. So soll den Mitarbeitern Sicherheit gegeben und das Vorhaben gut von den Bürgern angenommen werden.

Frau Lüdecke vom Seniorenbeirat teilt mit, dass sie Mitglied der „Wachsamen“ ist. Die Gruppe spielt älteren Menschen beispielsweise vor, wie bei einem Enkeltrick vorgegangen wird, damit diese auf den Betrug nicht hereinfallen.

Herr Bischoff vom Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention Stralsund informiert, dass der Verein beispielsweise ein theaterpädagogisches Stück für Drittklässler gegen sexuelle Gewalt durchführt.

Seit dem letzten Jahr gibt es das Projekt „Sicher in Stralsund“, bei dem das Hauptaugenmerk auf Trickbetrügereien gegenüber Senioren liegt. Dieses soll ausgeweitet werden, da nicht nur Senioren Opfer von Trickbetrügern werden. Zu dem Projekt werden Flyer ausgelegt und es gibt eine entsprechende Website.

Der Selbstverteidigungskurs für Frauen kann momentan nicht durchgeführt werden, soll aber wieder aufgelegt werden.

Zur Arbeit des Kommunalen Präventionsrates ergänzt Herr Tanschus, dass die Aufgabe des Rates darin besteht, kriminalpräventiv in der Hansestadt tätig zu sein. Der Rat wurde gegründet, als Stralsund noch kreisfrei war. Es wurde sich bewusst dafür entschieden, den Kommunalen Präventionsrat auch nach der Kreisgebietsreform beizubehalten. Ziel ist es, verschiedene Akteure, die mit den Themen Kriminalität und Kriminalitätsprävention zu tun haben, miteinander zu vernetzen.

Feste Mitglieder sind:

- Frau Segebarth (Polizeihauptrevier)
- Ein Vertreter des Kriminalkommissariats
- Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft
- Herr Suckow (Stralsunder Mittelstandsvereinigung)
- Zwei Sportvereine
- Herr Bischoff (Verein zur Kriminalitätsprävention)
- Ein Vertreter des Jugendamtes
- Frau Dr. Gelinek

In den Sitzungen selbst wird geschaut, wo in der Stadt die Probleme liegen und wie mit den Akteuren ganzheitlich auf diese reagiert werden kann.

Der Senator weist darauf hin, dass es in der Kriminalprävention keine Standardlösungen gibt, sondern dass komplexe Problemfälle komplexe Lösungen brauchen.

Herr Peters erfragt, in welchen Bereichen es Probleme mit Jugendlichen gibt, da dies in dem vorliegenden Antrag besonders hervorgehoben worden ist.

Auf die Frage von Herrn Peters antwortet Herr Tanschus, dass es momentan kein ernstes Problem bezogen auf Jugendkriminalität in Stralsund gibt. Probleme gibt es in bestimmten Bereichen mit Vandalismus. Hier sind die Täter allerdings nicht ausschließlich Jugendliche. Frau Segebarth stimmt den Ausführungen des Ordnungsamtsleiters zu. Es gibt immer mal wieder Probleme im Bereich des Kinder- und Jugendnotdienstes mit auffälligen Heranwachsenden. Diese werden vom Jugendamt zum Teil in andere Bundesländer oder sogar ins Ausland vermittelt.

Bei einem Besuch der Bundestagsabgeordneten Frau Claudia Müller in der Polizeiinspektion wurde ihr mitgeteilt, dass Streetworker in den Stadtteilen fehlen und die Jugendkriminalität extrem zugenommen hat.

Frau Segebarth geht davon aus, dass es zu diesem Zeitpunkt die angesprochenen Schwierigkeiten mit Jugendlichen gab, die beim Kinder- und Jugendnotdienst untergebracht waren. Diese Jugendlichen sind in andere Bundesländer vermittelt worden, so dass sich die Situation wieder entspannt hat.

Die Frage, ob es in Stralsund Jugendbanden gibt, verneint die Polizeirätin.

Frau von Allwörden fasst noch einmal zusammen:

1. Die Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes wurde durch die Bürgerschaft beschlossen.
2. Es gibt Präventionsangebote in den unterschiedlichsten Formen.
3. Die Bürgerschaft hat den Haushalt 2020 mit über 300.000€ für Jugendsozialarbeit beschlossen.
4. Außerdem werden weitere Projekte zusätzlich gefördert.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag AN 0266/2019 wie folgt zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag AN 0266/2019 nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 1 Gegenstimme 0 Stimmenthaltungen

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 29.09.2020